



Holzheizanlagen in der Landwirtschaftszone: Die Kantonsratsmitglieder Walter Freund und Franziska Steiner-Kaufmann haben im Bundeshaus einen ersten Erfolg verbuchen können.

Bilder Kayatona / zVg

In Bundesbern einen Coup gelandet

Im Bundeshaus hat der Ständerat jüngst über ein Anliegen aus dem Linthgebiet debattiert: mittendrin Jungpolitikerin Franziska Steiner-Kaufmann aus Gommiswald. Ihr gelingt mit ihrem allerersten Vorstoss im Kantonsrat ein seltenes Kunststück.

von Fabio Wyss

Ein bisschen Nervosität habe sie bei der Anreise schon verspürt, sagt Franziska Steiner-Kaufmann. Im Zug nach Bern studiert die 30-jährige Kantonsrätin aus Gommiswald nochmals ihre Redenotizen. Sie wird diese später im Bundeshaus der Ständeratskommission für Umwelt, Raumplanung und Energie vortragen.

Der Grund für den kürzlichen Besuch im Bundeshaus liegt weit zurück. Bis zum allerersten Vorstoss überhaupt, den die Politikerin von der Mitte im Kantonsrat eingereicht hat. Wenige Monate nach ihrer Wahl 2020 fragte Steiner-Kaufmann die Regierung, wie der Bau von Holzheizkraftwerken erleichtert werden könne.

Mehr als die Thurgauer ausstossen
Die Bäuerin plädierte dafür, dass in der Landwirtschaftszone ausnahmsweise solche Feuerungsanlagen zugelassen werden. «Die ländlichen Räume leisten

so ihren Beitrag zur Energiestrategie», sagte sie. Denn mit Holz aus den Wäldern, welches nicht verbaut werden kann, lassen sich Gebäude nachhaltig beheizen. Das Potenzial ist riesig. 1,5 Millionen Tonnen CO₂ könnten so jedes Jahr eingespart werden. Mehr als die Bevölkerung des Kanton Thurgau ausstösst.

Das Problem mit Steiners Forderung von Heizanlagen in der Landwirtschaftszone: Um das Anliegen umzusetzen, benötigt es eine Änderung des nationalen Raumplanungsgesetzes. Der Kanton St.Gallen hat also keinen Handlungsspielraum, sondern bloss der Bund. Darum hat die Mitte-EVP-Fraktion des Kantonsrates aus Steiners Vorstoss ein Ständesbegehren gemacht.

Bei Links-Grün, der GLP und der Kantonsregierung stösst das Anliegen aber auf Widerstand. Mögliche Bauten auf der grünen Wiese kommen nicht gut an. «Die Trennung von Baugebiet und Nichtbaugebiet ist einer der wichtigsten Grundsätze der Raumplanung

in der Schweiz», argumentierte die St.Galler Regierung. Bauten und Anlagen für die Produktion von Wärme aus verholzter Biomasse seien grundsätzlich in der Bauzone zu bewilligen.

Doch die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat setzte sich durch. Darum muss nun das Bundesparlament über Holzheizanlagen in der Landwirtschaftszone entscheiden. Das ist der Grund, weshalb Steiner-Kaufmann das Anliegen im Ständerat vorstellen darf. Mit dabei ist auch Walter Freund von der SVP, Präsident der Interessengruppe Wald und Holz im Kantonsrat.

Debatte angeheizt

Dabei vertreten die beiden nicht bloss die Interessen des Kantons St.Gallen. Der Thurgauer Kantonsrat hat dieselbe Ständesinitiative verabschiedet. Der Nachbarkanton mandatierte offiziell Steiner-Kaufmann. Sie spricht darum in Bern auch für den Thurgau. Das verdoppelt ihre Redezeit im Ständerat. Zehn Minuten bekommt sie, um das Anliegen vorzustellen.

Wobei die zuständige Ständeratskommission schon im Vorfeld das Thema aufgegriffen hat. Und zwar im Sinne Steiners. Der Ständerat will Holzheizkraftwerke in Landwirtschaftszonen ermöglichen. Allerdings mit gewissen Einschränkungen. Konkret geht es um die Herkunft der Biomasse, die für solche Anlagen nötig sind: Landwirtschaftsbetriebe sollen nur dann Holzheizungsanlagen bauen können, wenn das dafür nötige Holz aus dem eigenen Betrieb stammt.

Steiner-Kaufmann spricht vor dem Ständerat nicht nur für den Kanton St.Gallen, sondern auch den Thurgau.

Steiner-Kaufmann macht sich hingegen stark für mehr Flexibilität. Eine Feuerungsanlage in der Landwirtschaftszone könne mit Holz von Betrieben aus der Umgebung beheizt werden. «Dann sind mehr solche Anlagen möglich.» Etwa durch Holz von einem benachbarten Forstbetrieb, das sonst im Wald verfaulen würde. «Damit kann Holz als Energierohstoff genutzt werden, welches sonst keinen Absatz findet», erklärt sie.

Trotz Zustimmung noch ungewiss

Das hat die Ständeräte überzeugt. Die Kommission hat einstimmig beschlossen, dem Ständesbegehren Folge zu leisten. Und das, obschon es Ständesinitiativen traditionell schwer haben im Bundesparlament. Von den letzten zehn St.Galler Ständesbegehren sind nur deren zwei durchgekommen. Gut möglich, dass das Geschäft zur Holzenergienutzung die Bilanz verbessert. Als Nächstes brütet der Nationalrat über das Geschäft. Das dürfte in der Herbstsession der Fall sein.